

---

**8180/J XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 31.03.2011**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

**der Abgeordneten Keck, Dr. Jarolim**

**und GenossInnen**

**an die Bundesministerin für Justiz**

**betreffend Sachwalterschaftsmissbrauch und Sachwaltergeschädigte**

Nachdem die parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Keck und Genossen vom 22. September 2010 betreffend Sachwalterschaft Anna Probst bedauerlicherweise unbefriedigend beantwortet wurde, werden weitere Darlegungen und Fragen sowohl zu diesem konkreten Fall, als auch zu der Problematik Sachwalterschaft in Österreich im Allgemeinen nochmals und damit ausführlicher angesprochen.

Probleme rund um Missstände im Zusammenhang mit Sachwalterschaften in Österreich waren in den letzten Jahren mehrfach den Berichten öffentlicher Medien zu entnehmen. Jüngster Fall waren die Testamentsfälschungen um eine Affäre im Vorarlberger Landesgericht, wobei dabei moralisch besonders verwerflich war, da es sich hauptsächlich um Fälle mit Sachwalterschaft gehandelt haben soll.

Rund 80.000 Menschen in unserem Land werden zur Besorgung aller Angelegenheiten ein Sachwalterschaft bestellt und die Zahl derer, die aus Altersgründen oder wegen Krankheit, so „beschützt“ werden, steigt enorm. Nicht nur die Volksanwaltschaft wird zunehmend mit Problemfällen auf diesem Gebiet konfrontiert, immer öfter wenden sich auch Bürger an öffentliche Stellen, Medien, Caritative Einrichtungen oder Politiker. So tauchen im Zusammenhang mit Sachwaltermisbräuchen immer wieder Informationen auf, wonach Anwaltskanzleien mehrere hundert Sachwalterschaften gleichzeitig betreuen sollen und die Kritik, wonach Bereicherungen auf Kosten der Opfer der Sachwalterschaft publik werden. Gravierende Missstände bzw. missbräuchliche Anwendung der Sachwalterschaft werden auch zunehmend öffentlich diskutiert.

Im Rahmen der Kritik wird u.a. von regelrechten Seilschaften unter Sachwaltern, Anwälten, Notaren, Ärzten, Psychologen und anderen Gutachtern gesprochen. Eine schwerwiegende Problematik bedenkt man, dass laut Statistik Austria mittlerweile rund 2% der österreichischen Gesamtbevölkerung besachwaltet wird. Nicht überraschend daher, dass sich Initiativen „Sachwaltergeschädigter“ gründen und unter anderem auch über das Internet ihre negativen Erfahrungen mit Sachwalterschaften einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

### **Anfrage**

1. Wie viele aufrechte Sachwalterschaften gab es in den Jahren 2006 bis aktuell (bitte um Aufstellung nach Jahren und Bundesländern)?
2. A. Wer überprüft die Rechtmäßigkeit und Billigkeit sowie jeweilige Notwendigkeit der Richterentscheidungen bei Sachwalterschaften (insbesondere: Sachwalterwahl und -bestellung, Sachverständigen-Wahl und -Bestellung, Kontrolle der Kostennote der Sachwalter/Sachverständigen)?  
B. Wie viele Sachwalterschaftscausen wurden an ein anderes Bezirksgericht zur Überprüfung seit 2006 übersandt (bitte um Aufstellung nach Jahren und Bundesländer)?
3. A. Welche Maßnahmen zur Qualitätskontrolle bei den Sachwalterschaften hat das BMJ bisher aus Eigenem gesetzt, wie sahen/sehen diese aus und wann wurden/werden diese gesetzt?  
B. Wie lauten die diesbezüglichen Ergebnisse?
4. Wie viele „negative Zwischenfälle“ bei Sachwalterschaften sind dem BMJ seit 2006 (bitte um Aufstellung nach Jahren und Bundesländern) bekannt geworden und was waren die hauptsächlichen Gründe dafür?
5. Welche Maßnahmen setzt das BMJ im Falle Ihnen bekannt gewordener Umstände bei fragwürdigen Sachwalterschaften?
6. Wie unterbindet das BMJ mögliche Klüngeleien zwischen Pflugschafts-/Familienrichtern und den von diesen bestellten Sachwaltern bzw. eventuell miteingeschalteten Gerichtssachverständigen?

7. Welche Schritte setzten Sie bzw. das BMJ bei Verdacht auf offensichtlicher bzw. zumindest anscheinmäßigen Klüngeleien?
8. A. Wie viele Bezirksrichter haben Ihnen zugeordnete Sachwalterschaftsfälle seit 2006 abgeben müssen (bitte um Aufstellung nach Jahren und Bundesländern)?  
B. Wie viele Sachwalter wurden seit 2006 ihres Amtes enthoben?
9. A. Gab es bereits rechtliche Untersuchungen in Sachen Amtsmissbrauch bei Sachwalterbestellungen gegen mit Sachwalterschaften betraute Bezirksrichter?  
B. Wenn ja, gegen wie viele und mit welchen Ergebnissen jeweils?  
C. Gab es bereits solche Untersuchungen gegen in Sachwalterschaften mitinvolvierter Gerichtssachverständige?  
D. Wenn ja, gegen wie viele?
10. Wie viele Sachwalter wurden seit 2006 ihres Amtes enthoben und was waren die Gründe dafür (bitte um Aufstellung nach Jahren und Bundesländern)?
11. Grundsätzlich ist die Bestellung einer Sachwalterin/eines Sachwalters bekanntlich nachrangig, zuerst müssen andere Möglichkeiten der Unterstützung eines psychisch kranken oder behinderten Menschen (z.B. durch Familienmitglieder oder durch soziale Einrichtungen) ausgeschöpft werden. In wie vielen Causen wurde seit 2006 (insbesondere nach Novellierung des Sachwalterschaftsgesetzes!) ein familienfremder Sachwalter durch einer der/dem Besachwalteten näher stehende Person ausgetauscht (bitte um Aufstellung nach Jahren und Bundesländern)?
12. Wie viele Richter bzw. Staatsanwälte sind selber als Sachwalter eingesetzt bzw. tätig (bitte jeweils um Aufstellung nach Bundesländern)?
13. A. Werden Sie eine unabhängige Beschwerdestelle betreffend Sachwalterschaftsfälle einrichten, damit nicht berechtigte Missstände vom jeweiligen verantwortlichen Richter abgeschmettert werden?  
B. Wenn ja: Wann und in welcher Gestalt?  
C. Wenn nein: Warum nicht?